

Deutschlandtreffen der Ostpreußen



Die Video-Dokumentation des Deutschlandtreffens 2002



zu bestellen bei:

Preußischer Mediendienst
Parkallee 84-86
20144 Hamburg

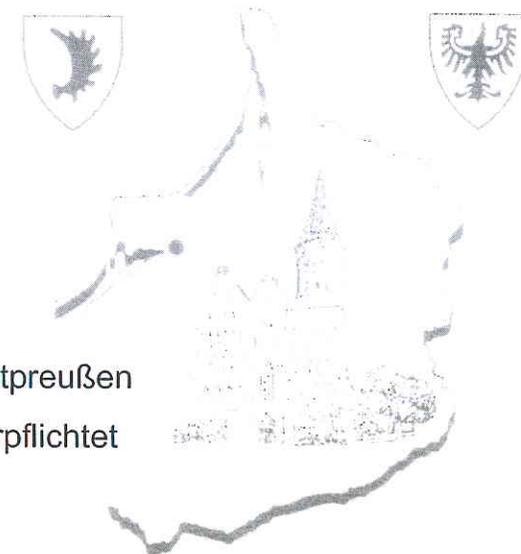
Ostpreußen verpflichtet

Rede des Sprechers
der LANDSMANNSCHAFT OSTPREUSSEN

Wilhelm v. Gottberg

Auszug aus der Rede
des Bayerischen Ministerpräsidenten

Dr. Edmund Stoiber



Ostpreußen
verpflichtet

anlässlich des Deutschlandtreffens der Ostpreußen

am 22. und 23. Juni 2002
in Leipzig

*„All jene,
die noch heute über die eindeutige Kriegsschuld Deutschlands reden,
täten gut daran, auch darüber nachzudenken,
inwiefern die alliierten Regierungen ebenfalls
für das unerhörte Leid und den unermesslichen Schaden
des Zweiten Weltkrieges verantwortlich sind ...“*

*„In beiden Fällen – 1914 und 1939 –
bildet noch heute die propagandagebundene
und zweckbestimmte Behauptung
der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands
in beiden Weltkonflikten
für die alliierten Siegermächte einen tief verwurzelten Glaubenssatz.*

Zweifel an diesem Tabu entzögen ihrer Kriegspolitik das Fundament.“

Ferdinand O. Miksche
(Französischer Offizier im persönlichen Stab General de Gaulles)



(Von 10.000 Ostpreußen zur Großkundgebung empfangen: v.r.: Jörg Schönbohm, Dr. Edmund Stoiber, Karin Stoiber, Wilhelm v. Gottberg, Bernd Hinz,)

Ostpreußen verpflichtet

Rede des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen
Wilhelm v. Gottberg

Auszug aus der Rede
des Bayerischen Ministerpräsidenten
Dr. Edmund Stoiber

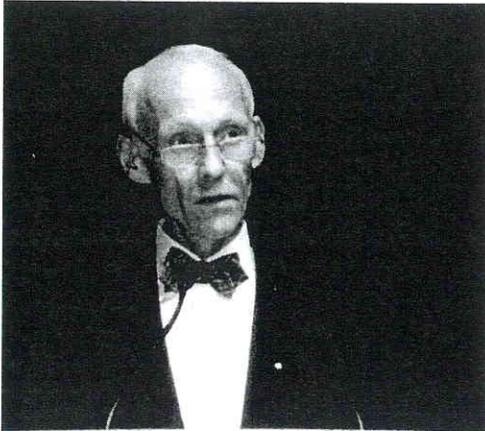
anlässlich des
Deutschlandtreffens der Ostpreußen

am 22. und 23. Juni 2002
in Leipzig

Herausgeber:
Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Parkallee 84-86
20144 Hamburg

Hamburg 2003

Bilder: Benjamin Weinkauff (3), Karl-Heinz Blotkamp (1)



Wilhelm v. Gottberg

Rede des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen Wilhelm v. Gottberg

Ostpreußen verpflichtet! Mit diesem Leitwort hat der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen zum diesjährigen Deutschlandtreffen hier nach Leipzig eingeladen. Vor zwei Jahren bereits waren die Ostpreußen Gäste in dieser geschichtsträchtigen Stadt. Ostpreußen lebt! Die Landsmannschaft Ostpreußen als Gastgeberin dokumentiert in zahlreichen Veranstaltungen an diesem Wochenende, daß sie eine lebendige Gemeinschaft ist, die heute und auch morgen bedeutsame politische, kulturelle und wissenschaftliche Aufgaben für Ostpreußen, für die Bundesrepublik und für Europa wahrzunehmen hat. Im Mittelpunkt unseres Wirkens steht Ostpreußen.

Schon vor zwei Jahren habe ich an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß verschiedene Ostpreußen in Leipzig in hervorragender Weise gewirkt haben. Nur zwei will ich nennen.

Der Ostpreuße Hinrich Lehmann-Grube kam 1990 von Hannover nach Leipzig, um als Oberbürgermeister der Stadt wieder zur Vorkriegsreputation zu verhelfen. Unter seiner verantwortlichen Leitung ist Leipzig weit vorangekommen.

Und Prof. Volkwin Marg, 1936 in Königsberg geboren; dieser begnadete Künstler, Hochschullehrer und Architekt hat die Glashalle dieser Neuen Messe entworfen und in der Bauphase die verantwortliche Bauüberwachung innegehabt. Die Halle ist nach Meinung der Experten ein Wunderwerk der Ästhetik innen wie außen. Jedenfalls ist die Glashalle der Neuen Messe das Wahrzeichen der Stadt für ihren Wiederaufstieg in den kleinen Kreis der europäischen Messestädte mit Weltruf.

Ja, es ist ein erstaunliches Phänomen, 57 Jahre nach Flucht und Vertreibung kommen die überlebenden Ostpreußen und ihre Nachgeborenen zusammen, um sich als Ostpreußen zu bekennen, um für das ihnen bis heute vorenthaltene Recht auf die Heimat zu demonstrieren, um die Geselligkeit mit Landsleuten und Schicksalsgefährten zu pflegen. Der soziale Kontakt, den der Einzelne bei den Veranstaltungen des Deutschlandtreffens hat, die Möglichkeit des Schabberns im heimatlichen Dialekt, das Austauschen der Erinnerung an Kindheit, Schule und Jugendzeit, der Rückblick auf die schweren Aufbaujahre nach 1945, auch die gemeinsame Erinnerung an so manche Lieben, die im Krieg geblieben oder inzwischen

von dieser Welt gegangen sind, das alles sind kleine menschliche Hilfen zur Schicksalsbewältigung. Es ist doch eine Tatsache, sehr viele der heute noch Lebenden, der Erlebnisgeneration, wurden durch die schrecklichen Ereignisse der Jahre 1945 und später traumatisiert. Die Schatten dieses Traumas sind bei den meisten von uns Wegbegleiter geblieben. Bei mir ist es so, daß ich auch heute noch gelegentlich Alpträume habe, die die schrecklichen Fluchterlebnisse meiner Kindheit widerspiegeln.

Mehr als 57 Jahre nach Beginn von Flucht, Deportation und Vertreibung der Ostpreußen und der Ostdeutschen insgesamt hat sich mehrheitlich die Überzeugung durchgesetzt - auch bei den sogenannten Kulturschaffenden -, daß die ungelösten Probleme der deutschen Heimatvertriebenen keine biologische Lösung finden können. Allerdings ist diese Erkenntnis - ich sage, bedauerlicherweise - noch nicht in das Bewußtsein der führenden Köpfe der Rot-Grünen Regierungskoalition vorgedrungen.

Die Unrechtsfolgen der Vertreibung finden nicht an dem Tag ihre Erledigung, an dem der Letzte der Erlebnisgeneration die Augen schließt. Die wahrheitsgemäße Aufarbeitung des gesamten Völkermordes an den Ostdeutschen, den Ostpreußen, steht noch aus. Es steht noch aus, das Schuldbekenntnis der Vertreiberstaaten zum Verbrechen der Vertreibung und eine friedentiftende symbolische Wiedergutmachungsgeste. Die Landsmannschaft Ostpreußen hat nie einer möglicherweise angstmachenden umfassenden materiellen Wiedergutmachung oder Restitution das Wort geredet.

Aber müssen wir uns eigentlich wundern, daß die von uns mit Recht erwarteten Verhaltensweisen der Vertreiberstaaten bisher nicht erfüllt wurden? Haben denn jemals Bundesregierungen, die Europäische Union, der Europarat, die Vereinten Nationen, die Kirchen dies gefordert? Haben wir hier nicht ein Versagen aller moralischen Instanzen der Weltstaatengemeinschaft festzustellen? Wo bleibt ein längst überfälliges Wort des Bedauerns der Staaten, die an der Potsdamer Konferenz teilgenommen haben, insbesondere der angelsächsischen Siegermächte für ihre Mitverantwortung, für ihre Mitschuld am Völkermord an den Ostdeutschen, an den Ostpreußen? Polen und Tschechien weisen immer wieder auf die Jalta- und Potsdam-Beschlüsse von 1945 hin, wenn die Schuldfrage der Vertreibung thematisiert wird. Würde ein solches Wort des Bedauerns durch die Siegermächte bei den Vertreiberstaaten die Erkenntnis der eigenen Schuld nicht nachhaltig fördern? Die Politik der Bun-

desregierung in den vergangenen 35 Jahren war stets eine Politik des Gebens und der Zugeständnisse. Allerdings war diese Politik - dies muß der Fairneß halber gesagt werden - durch das Motiv bestimmt, Wiedergutmachung für die deutschen Untaten während der NS-Zeit zu leisten. Die Siegermächte haben zu dieser Politik Sympathie und Anteilnahme beurkundet, weil auch dadurch das Ausblenden der eigenen Verantwortung gewährleistet war. Ein schuldbeladenes auch schuldbewußtes und zur Wiedergutmachung bereit Deutschland ist eben ein in jeder Beziehung angenehmer Partner.

Unter den Teppich kehren, Abwiegeln, Schönreden und Diffamierung derjenigen, die auf die ungelösten Probleme der Vertriebenen hinweisen; das ist bundesdeutsche Politik im nachbarschaftlichen Dialog mit Polen und den tschechoslowakischen Nachfolgestaaten. Ein Beispiel für die in Deutschland zum System erhobene Verlogenheit ist die Schlußstricherklärung der Bundesregierung von 1997 zum Verhältnis Deutschland-Tschechien. Dieser Erklärung war die Funktion einer Grabplatte für die ungelösten Probleme im deutsch-tschechischen Verhältnis zugeordnet. Es ist aber eine jahrhundertealte Erfahrung, ungelöste Probleme zwischen den Staaten lassen sich nicht auf Befehl beseitigen. In der deutsch-tschechischen Deklaration von 1997 heißt es u.a., daß die Bundesregierung die Auffassung der tschechischen Seite zur rechtlichen Beurteilung der Vertreibung der Sudetendeutschen respektiere.

Damit Sie wissen, worüber wir reden: Rechtsgrundlage in Tschechien für die Vertreibung sind die Benesch-Dekrete, darunter das berüchtigte Straffreistellungsgesetz von Mai 46. Dieses Dekret hat keine Entsprechung in anderen Vertreiberstaaten gefunden. In besagtem Dekret werden Mord, Totschlag, Raub, Vergewaltigung, begangen an wehrlosen Deutschen und Ungarn, zu geltendem Recht erklärt.

Übrigens ganz maßgeblich mitgewirkt am Zustandekommen der deutsch-tschechischen Schlußstricherklärung haben die damaligen Grünen-Abgeordneten Josef Fischer und Antje Vollmer, heute sind sie Bundesaußenminister bzw. Bundestagsvizepräsidentin. Ihre damalige Politik hat zu einem Desaster geführt, denn tschechische Politiker fordern nunmehr unverblümt, die dem europäisch-abendländischen Rechtsverständnis hohnsprechende Rechtsetzung des besagten Benesch-Dekrets in den EU-Beitrittsvertrag aufzunehmen. Am Pfingstwochenende hat der tschechische Ministerpräsident noch eins draufgesetzt und die Vertreibung als eine Quelle

des Friedens bezeichnet. Ergebnis der deutsch-tschechischen Deklaration von 1997 ist also eine Verwilderung der Sitten und der moralischen Begriffe. Sie hat das Gegenteil von dem bewirkt, was ihr Ziel war. Eine feige Politik, das wußte schon Bismarck, hat noch immer Unglück gebracht. Die großmütige Politik Deutschlands gegenüber den Vertreiberstaaten, die mit einer Milliarden-Alimentierung einherging, hat den tschechischen Nationalismus nicht gedämpft, sondern - das sehen wir jetzt - angefacht.

Die Ostpreußen, die Pommern, die Schlesier haben es hinsichtlich der Vertreibung mit Polen und Rußland zu tun. Die aus der Vertreibung resultierenden Folgewirkungen dauern an. Der öffentliche Diskurs über die Benesch-Dekrete verdeckt die Tatsache, daß es auch in Polen noch gültige Vertreibungs- und Entrechtungsdekrete gibt. Wir müssen unüberhörbar fordern, daß diese sogenannten Bierut-Dekrete für ungültig erklärt und damit aus der Welt geschaffen werden. Sie diskriminieren die Heimatvertriebenen und die deutsche Restbevölkerung in Ostpreußen bis heute hin. Sie geben den polnischen Vertreibungs- und Entrechtungsmaßnahmen eine vermeintliche Legalität. Sie sind mit der europäischen Rechts- und Werteordnung nicht zu vereinbaren. Deswegen dürfen sie nicht weiterhin Bestandteile des innerpolnischen Rechtes sein.

Das offizielle Polen tut sich sehr schwer, seine Geschichte wahrheitsgemäß aufzuarbeiten. Es ist gewissermaßen seit den politischen Teilungen am Ausgang des 18. Jahrhunderts polnische Staatsräson, daß Polen und die Polen immer nur Opfer waren. Dies ist eine Legende, wie etliche polnische Aggressionen im 19. und 20. Jahrhundert belegen. Näheres dazu habe ich an dieser Stelle vor zwei Jahren beim Deutschlandtreffen ausgeführt. Es hat eben nicht alles mit dem deutschen Angriff auf Polen 1939 angefangen. Polens katastrophale Minderheitenpolitik zwischen 1919 und 1939 im abgetretenen Korridorgebiet war eine Politik der Unterdrückung und der Diskriminierung der deutschen Mehrheitsbevölkerung. Sie ging phasenweise einher mit wüsten Ausschreitungen. Als Folge dieser Politik haben etwa eine Million Deutsche ihre angestammte Heimat bis 1939 verlassen müssen.

Wir Ostpreußen wollen ein gedeihliches Miteinander von Polen und Deutschen in einem geeinten Europa. Voraussetzung dafür ist die wahrheitsgetreue Aufarbeitung der deutsch-polnischen Geschichte, auch ab 1945. Hinsichtlich der Vertreibung unterscheidet Polen eine Vertreibung als Kriegsziel und eine Vertreibung als Kriegsfolge.

Ersteres - so die Polen - hätten die Deutschen mit ihrem Angriffskrieg gegen Polen 1939 und damit einhergehend einer Vertreibung von polnischen Bevölkerungsteilen praktiziert. Das sei verwerflich und mußte bestraft werden.

Die Vertreibung der Deutschen dagegen sei eine Kriegsfolge. Eine derartige Vertreibung sei vertretbar, weil die Deutschen eben wegen ihrer Verbrechen zwischen 1939 und 1944 gerechterweise kollektiv zu bestrafen waren.

Der erste freigewählte polnische Ministerpräsident der Nachkriegszeit Tadeusz Mazowiecki, der frühere polnische Außenminister und hier hochangesehene Wladislaw Bartoszewski, der frühere Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des polnischen Parlamentes Bronislaw Geremek und andere polnische Spitzenpolitiker erklären, indem sie das Wort Vertreibung absichtlich vermeiden, die Aussiedlungen der Deutschen aus Polen am Ende des zweiten Weltkrieges und später sei das Ergebnis eines fünfjährigen blutigen Krieges, in dessen Verlauf die polnische Bevölkerung zu einem erheblichen Teil vernichtet wurde. Die Aussiedlung der Deutschen sei ein Ergebnis des zweiten Weltkrieges und nicht sein Ziel gewesen und deshalb sei sie auch international 1945 in Potsdam sanktioniert worden.

Wir Ostpreußen stellen dazu fest: Wir setzen uns nicht die Brille der polnischen Staatsräson auf. Ob Kriegsziel oder Kriegsfolge, die Vertriebenen sind immer Opfer eines Verbrechens. Daran ändert auch eine klug angesetzte intellektuelle Interpretation (Dialektik) mit der Unterscheidung von verbrecherischem Kriegsziel und verständlicher Kriegsfolge nichts.

Die Wahrheit wird durch die historischen Fakten belegt. Bis Ende März 1945 eroberten die Sowjets die östlich der Oder-Neiße-Linie gelegenen deutschen Gebiete. Schrittweise übertrug die Sowjetunion dann eigenmächtig die Zivilverwaltung in Ostdeutschland auf die kommunistische polnische Regierung. Am 5. Februar 1945 teilte der polnische Präsident Boleslaw Bierut mit, daß die polnische Regierung in Ausführung des Programms, die polnische Westgrenze an die Oder und Neiße vorzuschieben, schon mit der Eingliederung des deutschen Vorkriegsterritoriums in Polen begonnen habe. Am 14. Februar 1945 verkündete Warschau bereits die Einrichtung von vier neuen Wojewodschaften in Masuren, Pommern, Niederschlesien und Oberschlesien. Am 20. Februar erfolgte ein förmlicher Beschluß der Sowjetunion, durch den das deutsche Gebiet bis zur

Oder-Neiße den polnischen Behörden übergeben wurde. Mit der Vertreibung der deutschen Bevölkerung wurde sofort begonnen. Teile der deutschen Bevölkerung wurden in neu eingerichtete Arbeitslager eingesperrt. Dies alles begann fünf Monate vor Beginn der Potsdamer Konferenz. Die Tatsache, daß es im polnischen Machtbereich 1945 die unfaßbare Zahl von 1255 Arbeitslagern für Deutsche gab, spricht für sich und wird in Polen überhaupt nicht thematisiert. Die Sehnsucht der Polen nach nationaler Unschuld mache sich gerade in Bromberg emotional bemerkbar, so der polnische Philosoph Leszek Kolakowski. Leider bleiben hinsichtlich des Bromberger Blutsonntags immer noch ein wesentlicher Teil der Aktenbestände unzugänglich. Was die schon angesprochene Mitschuld der westlichen Siegermächte an der Vertreibung angeht, hat unser diesjähriger Kulturpreisträger, Prof. Alfred de Zayas, dies in seinem Buch „Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen“ wissenschaftlich belegt.

Einzelne polnische Politiker haben die Frage der Urheberschaft für die Oder-Neiße-Grenze und damit für die Vertreibung der Deutschen in einer Weise beantwortet, die auch einen Teil der historischen Wahrheit darstellt. So hat der polnische Nationaldemokrat Giertych 1947 dazu ausgeführt: „Das Postulat der polnischen Westgrenze an Oder und Neiße ist keine sowjetische Erfindung aus dem Jahr 1945, sondern ein seit langem formuliertes Postulat der polnischen Politik. Schon in der Vorkriegszeit wurde es unüberhörbar von der nationaldemokratischen Partei erhoben. Man muß feststellen, daß die Angliederung der Gebiete bis zur Oder und Neiße keine Polen aufgezwungene sowjetische Lösung war, sondern die Verwirklichung von altbekannten polnischen Nationalpostulaten“. Andreas Hillgruber - der leider viel zu früh verstorbene bekannte Historiker - hat ebenfalls ausgeführt, daß die Vertreibung der Deutschen nicht nur die Folge der NS-Verbrechen war, sondern sie entsprach langfristigen polnischen Leitvorstellungen.

Polens vormaliger Außenminister, heute ist er Vorsitzender der Behörde zur Pflege der Mahnmale in Polen, der schon erwähnte Professor Wladyslaw Bartoszewski, hat kürzlich in der Tageszeitung „Die Welt“ ausgeführt, daß es den Polen leichter fiel, sich von der Vertreibung der Deutschen zu distanzieren, weil es eine aus Moskau eingeflogene, oktroyierte Clique gewesen sei, die sie organisierte. In Tschechien sei es dagegen der demokratische gewählte Präsident Benesch gewesen.

So einfach geht es nicht, Herr Prof. Bartoszewski. Geben Sie der Wahrheit die Ehre! Zunächst einmal stelle ich als demokratisch gewählter oberster Repräsentant der Ostpreußen fest, daß eine eindeutige und glaubhafte Distanzierung von der Vertreibung vom offiziellen Polen, von der politischen Klasse Polens noch aussteht. Das Gleiche gilt für die gesellschaftlich relevanten Gruppen in Polen, insbesondere für die katholische Kirche.

Die Behauptung Bartoszewskis, eine oktroyierte Clique habe die Vertreibung organisiert, entspricht der polnischen Staatsräson, wonach die Polen in der Geschichte immer nur Opfer waren, sie entspricht nicht der historischen Wahrheit. Zehntausende Polen haben auf der kommunalen Ebene die Vertreibung organisiert, Deportationen veranlaßt, schwerste Menschenrechtsverletzungen begangen und sich am öffentlichen und privaten Eigentum Deutschlands und der Deutschen bereichert. Ich sage dies nicht, um aufzurechnen. Wer wirklich den Frieden will, wer den deutsch-polnischen Freundschafts- und Nachbarschaftsvertrag nach Geist und Buchstaben erfüllen will, muß das schwere Kreuz der Wahrheit auf sich laden. Er muß zum Schuldbekennnis fähig sein.

Wir haben unseren Teil der deutsch-polnischen Geschichte wahrheitsgemäß aufarbeiten müssen. Ein schmerzlicher Prozeß, der mit unbeschreiblich großen Opfern verbunden war. Noch kein Volk hat in der bisherigen Menschheitsgeschichte so große Opfer gebracht wie das deutsche Volk nach dem Zweiten Weltkrieg. Vor diesem Hintergrund ist es kein Aufrechnen, wenn wir auch das thematisieren, was uns ab 1945 widerfahren ist.

Polen wird nicht umhin kommen, seinen Teil der deutsch-polnischen Geschichte wahrheitsgemäß aufzuarbeiten. Polen und Rußland haben sich durch den Völkermord an den Ostpreußen, an den Ostdeutschen eines unverjährenen Gewaltaktes (Verbrechens) schuldig gemacht. Dies ist eine gewaltige Hypothek, die wahrlich keinen Anlaß bei uns zu pharisäerhafter Selbstgerechtigkeit gibt.

Durch den Grenzbestätigungsvertrag wurde die Verwaltungsgrenze an Oder und Neiße durch den deutschen Gesetzgeber de jure zur Staatsgrenze erhoben.

Analog verfuhr man mit den innerostpreußischen Grenzen. Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Die Grenzbestätigungsverträge gelten. Ostpreußen steht heute unter polnischer, russischer und litauischer Souveränität. Die heute dort wohnenden Menschen, die Neubürger Ostpreußens, haben nunmehr in unserer Heimat auch ein Heimatrecht erworben.

Eine Vertreibung war eine Vertreibung zu viel.

Aber in einer lebendigen Demokratie muß Raum für Gewissensfreiheit sein. Aus Gewissensgründen haben wir die Grenzbestätigungsverträge nicht mittragen können. Durch sie wurde den Ostpreußen ein überaus hartes Sonderopfer abverlangt. Unsere Ahnen haben mit unbeschreiblicher Mühe und mit Fleiß Ostpreußen besiedelt und kultiviert. Die Urbevölkerung, die Prussen, wurden christianisiert und assimiliert.

Auch sie gehören zu unseren Vorfahren. Wie so ganz anders ist man mit der Urbevölkerung in anderen Regionen der Welt umgegangen.

Unser Erbe verpflichtet, wir verraten es nicht. Unseren Protest gegen die Preisgabe Ostpreußens haben wir zu Protokoll der Geschichte gegeben.

Damit wir glaubwürdig bleiben, wiederhole ich für die Ostpreußen auch hier und heute: Die Grenzen an Oder und Neiße sowie in Ostpreußen sind Unrechtsgrenzen. Mit dem Ableben der Erlebnisgeneration werden sie nach und nach ihren Unrechtscharakter im Bewußtsein der Menschen verlieren. Für uns gilt in ungebrochener Kontinuität das Bekenntnis Carlo Schmidts - eines großen Sozialdemokraten und überzeugten Europäers - welches er vor dem Parlamentarischen Rat am 8. Sept. 1948 bezüglich der Abtretung Ostdeutschlands ablegte: „Vielleicht können wir gezwungen werden zu erleiden und zu ertragen, was uns bisher hier angetan worden ist. Aber man wird uns niemals zwingen können, es als Recht anzuerkennen. Weder im Westen noch im Osten“. Das war auch unsere Meinung 1948 und sie ist es auch noch im Jahr 2002. Das gebietet den Ostpreußen ihre Ehre, ihre Selbstachtung und ihre rechtsstaatliche Gesinnung.

Die Ostpreußen haben in der Heimat Beachtliches erreicht. 23 deutsche Vereine im südlichen Ostpreußen, die alle von der LO gegründet wurden, zeugen von unserer sittlich empfundenen Pflicht, Ostpreußen und den heimatverbliebenen Ostpreußen zu dienen. Wir haben kulturhistorische Bausubstanz erhalten, einige Gedenkstätten geschaffen, die an die Opfer von Flucht und Vertreibung erinnern, unsere Jugend hat Soldatenfriedhöfe instand gesetzt. Unseren größten Erfolg im südlichen Ostpreußen konnten wir mit Hilfe der bayerischen Staatsregierung realisieren. In Allenstein konnte durch die Allensteiner Gesellschaft der deutschen Minderheit das frühere deutsche Finanzamt erworben werden. Diese Immobilie - Kopernikus-Haus genannt - ist nun das deutsche Zentrum im Großraum Allenstein. Bei der Einweihung des Hauses Kopernikus im

Oktober 2000 sprachen die bayerische Staatsministerin Barbara Stamm und nach ihr auch ich. Die polnische Seite war mit uns einig, und ich habe das damals artikuliert, daß das Kopernikus-Haus ein Kristallisationspunkt für alle heimatverbliebenen Landsleute im Ermland, in Masuren, im Oberland und in Natangen sein soll. Die Ostpreußen, insbesondere die Stadtkreisgemeinschaft Allenstein, haben erhebliche finanzielle Aufwendungen für das Kopernikus-Haus geleistet. Das Projekt konnte nur gelingen, weil es Edmund Stoibers persönliches Anliegen ist, daß die grenzüberschreitende Kulturarbeit Bayerns immer auch der Förderung der deutschen Volksgruppe dienen soll. Ohne die finanzielle Mithilfe Bayerns gäbe es kein Kopernikus-Haus in Allenstein. Herr Ministerpräsident, dafür danke ich Ihnen im Namen aller Ostpreußen.

Das Haus ist eine Erfolgsgeschichte geworden. Liebe Schicksalsgefährten, wie sehr das Haus ein Erfolg für uns ist, mögen Sie an der Tatsache erkennen, daß es in den anderen ostdeutschen Vertreibungsgebieten und auch im Sudetenland vergleichbares nicht gibt.

Unsere Bereitschaft zum Dialog wurde im südlichen Ostpreußen zumindest auf der kommunalen Ebene aufgenommen. Zwei von der Landsmannschaft Ostpreußen veranstaltete kommunalpolitische Kongresse mit überwiegend polnischen Teilnehmern belegen dies. Von unserer Seite werden alle Themen, die das deutsch-polnische Verhältnis belasten oder zukünftig belasten könnten, angesprochen. Nicht immer spüren wir bei unseren polnischen Gesprächspartnern die Bereitschaft zur Offenheit. Bei etlichen Problemen in der deutsch-polnischen Zusammenarbeit können uns polnische Kommunalpolitiker nicht helfen. So beruht das skandalöse Procedere der polnischen Behörden gegenüber Deutschen bei gewünschten Auszügen aus den Standesamtsregistern auf Warschauer Vorgaben. Obwohl den deutschen Antragstellern mit einer einfachen Kopie aus den vorliegenden deutschen Unterlagen geholfen wäre, gibt es die Kopie nur in polnischer Übersetzung und für eine geradezu unverschämte hohe Gebühr. Wir haben dies Problem schon vor Jahren dem BMI vorgetragen und erhielten die Antwort, daß man die Angelegenheit bei den regelmäßig stattfindenden deutsch-polnischen Konsultationen behandeln werde. Ich möchte bezweifeln, daß dies geschah. Geändert hat sich jedenfalls nichts.

Im Hinblick auf unsere gemeinsame Zukunft in Europa braucht Polen unsere Hilfe bei der Anpassung seiner Agrarwirtschaft an die Strukturen der EU. Das wird ein schmerzhafter Prozeß werden, denn heute noch sind 30 Prozent der Polen im Agrarsektor tätig. In der Bundesrepublik sind es 3 Prozent. Wenn dieser Prozeß nicht sozial verträglich gestaltet werden kann, wen werden die Polen als Schuldigen ausmachen? Wir wissen es! Der ganze Prozeß der EU-Osterweiterung steht und fällt mit der Lösung dieses Problems.

Unser Außenminister empfahl den Sprechern der ostdeutschen Landsmannschaften bei einem Gespräch im Januar 2000, wir hätten keine Gespräche zu führen, wir hätten zu schweigen. Bei diesem Besuch zeigte uns der Außenminister, daß er die normalen europäischen Höflichkeitsformen nicht beherrscht. Arrogant wurden wir abgefertigt. Unser Eindruck war, er muß wohl mit einer Kanonenkugel durch seine Kinderstube geflogen sein. Fischer und seine Gesinnungsfreunde von der Grünen Partei, die eine strikte Ausgrenzungsstrategie gegenüber den Heimatvertriebenen betreiben, können keine Ratgeber für uns sein.

Nicht das Verschweigen der historischen Tatbestände, sondern deren Offenlegung und die Erinnerung an die deutsche Geschichte Ostpreußens sind Mitvoraussetzungen für eine mit unseren östlichen Nachbarn anzustrebende tragfähige und dauerhafte Partnerschaft. Leitlinie der Ostpreußen für ihre Gespräche in den Nachbarstaaten und auch bei der politischen Klasse in der Bundesrepublik ist der Rat, den unser großer Königsberger Landsmann Immanuel Kant uns gab. Er riet seinerzeit: „Werdet nicht der Menschen Knechte! Laßt euer Recht nicht ungeahndet von anderen mit Füßen treten. Wer sich unter seinesgleichen zum Wurm macht, da ihn doch Gott zum Menschen schuf, muß sich nicht wundern, wenn man ihn nachher als Wurm behandelt und unter die Füße tritt.“

Über Jahrzehnte hat man versucht, das Recht der Ostpreußen mit Füßen zu treten. Wir haben standgehalten. In Ostpreußen, in der untergegangenen DDR und in der Altbundesrepublik.

Die Königsberger Region liegt schwer darnieder. Die Armut der Menschen auf dem Lande, teilweise auch in den Städten, ist unbeschreiblich. Tuberkulose, Aids und Drogenabhängigkeit sind in Königsberg verbreiteter als in jeder anderen Region der Russischen Föderation. Alle hochfliegenden Pläne für Königsberg, von der frei-

en Wirtschaftszone Bernstein bis hin zu der noch auf dem Papier existierenden Sonderwirtschaftszone und der kühnen Vision eines Hongkong an der Ostsee, haben sich als heiße Luft erwiesen. Auch Königsberg ist Europa. Die Zustände dort sind für Europa und für Russland eine Schande.

Als Königsberg 1991 wieder zugänglich wurde, haben wir Ostpreußen uns auch dort unserer Verantwortung gestellt. Niemand hat sich in der Bundesrepublik so intensiv um diese Region gekümmert wie die Landsmannschaft Ostpreußen und ihre Kreisgemeinschaften. Wir haben humanitär enorm viel geleistet und somit als Botschafter des Friedens gewirkt. Beachtliche Erfolge haben wir bei der Erhaltung der so landestypischen Sakralbauten erreicht. Tharau, Arnau, Friedland, Domnau, Groß Legitten, Allenburg, Mühlhausen und natürlich der Königsberger Dom sind Beispiele dafür. Völlig neu aufgebaut wurden die Salzburger Kirche in Gumbinnen und die neue Ev.-Luth. Kirche in Königsberg. Diese haben zu einem großen Teil die Ostpreußen bezahlt. Leider reicht die Kraft der Ostpreußen nicht, um insgesamt den Menschen zu einer merklichen Anhebung ihres Lebensstandards zu verhelfen. Gleichwohl ist einer großen Anzahl von Menschen in einer konkreten Notsituation geholfen worden.

Das Gebiet des nördlichen Ostpreußens ist heute ein riesiges Denkmal für den Widersinn der Vertreibung. Wer die Verwüstung als eine Kriegsfolge bezeichnet, trägt zur Verschleierung ihrer eigentlichen Ursachen bei. Vertreibung und Verwüstung fanden nach dem Krieg statt. Sie waren in dieser Weise keineswegs notwendig. Es besteht auch keine Notwendigkeit, sie in der Zukunft fortzusetzen. Sie sind Ausdruck jener menschlichen Hybris, die glaubt, alles machen zu können, sogar ganze Länder ethnisch säubern und ganze Völker ermorden zu können. Darauf beruht aber auch die Bereitschaft, die Vertreibung unter freiheitlichen Bedingungen nachträglich zu legalisieren. Die eigentliche Prävention wird also im Denken der Europäer beginnen müssen.

In Königsberg, in Heiligenbeil, Insterburg, Gumbinnen, Tilsit, Labiau, Pillau, Friedland, Wehlau und Gerdauen fragt man heute häufiger, was steht Deutschland eigentlich näher? Afghanistan, der Kosovo oder die Königsberger Region?

In Königsberg ist noch das zu leisten, was wir hier bei uns in den 50er Jahren getan haben, nämlich Trümmer beiseite zu räumen. Wir haben damit vor 10 Jahren begonnen, trotz schikanöser Einreisestimmungen, die bis heute andauern.

Königsberg bekäme einen Pusch in seiner Entwicklung, wenn die Einreiseregulierung liberal gestaltet werden könnte. Die Ostpreußen mahnen dies immer wieder an. Es ist für uns eine schwere Demütigung, daß wir bei Besuchen im nördlichen Ostpreußen eine happige Eintrittsgebühr in Form der Visumgebühr bezahlen müssen. Wir haben das mehrmals dem Bundeskanzler und dem Außenminister vorgetragen. Die Bundesregierung blieb passiv. „Vor dem Hintergrund unserer Geschichte ...“, - diese Floskel bemüht der Bundesaußenminister mehr oder weniger häufig, um seine Passivität bei bestimmten Politikfeldern zu begründen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Vor dem Hintergrund unserer Geschichte haben wir die sittliche und moralische Pflicht, uns in Königsberg zu engagieren.

Der Bundestag hat fraktionsübergreifend im Mai eine mehrseitige Resolution eingebracht, in welcher die Bundesregierung aufgefordert wird, im Rahmen der EU für eine wirtschaftliche Entwicklung Königsbergs einzutreten. In diesem Papier wird nur von Kaliningrad gesprochen und es wird nicht mit einer einzigen Silbe die jahrhundertalte große deutsche Vergangenheit erwähnt. Groteskerweise wird ausgeführt, daß Deutschland kein besonderes Interesse an der Region habe. Welch eine erbärmliche Geisteshaltung wird da offenbar. Der geistige Horizont reicht allenfalls noch bis zur Toskana. Die Erkenntnisse der Pisa-Studie gelten womöglich auch für einen großen Teil der politischen Klasse. Wir Ostpreußen machen uns die peinliche Gefügigkeit der anpassungsbereiten Mehrheiten nicht zu eigen. Wer, wenn nicht wir Deutsche, sind für die Erhaltung des Königsberger Geschichts- und Kulturerbes verantwortlich.

Wir werden unsere humanitäre Hilfe für Königsberg zurückfahren zugunsten der Förderung kleiner selbständiger Handwerksbetriebe und bäuerlicher Familienbetriebe. Nahrungsmittelhilfe ist kurzfristig für den Notfall gut. Langfristig hemmt sie die Menschen in ihrer Entfaltungsmöglichkeit und beeinträchtigt ihre Würde. Nicht Fische, sondern Angeln und Fischernetze müssen wir liefern. Es gibt bereits Pilotprojekte mit Beteiligung der Landsmannschaft Ostpreußen. Ein hervorragendes Projekt sind die Maschinenausleihstationen des Landes Brandenburg für die bäuerlichen Neusiedler. Leider wird

gutwilliger Aufbau gelegentlich durch eine aktive Mafia wieder zerstört.

Mangelnde Rechtssicherheit und ein diktatorisches Grenzregime sind die Hindernisse für eine europäische Zukunft Königsbergs. Die Ostpreußen werden geduldig und beharrlich ihren Beitrag zur Beseitigung dieser Hemmnisse leisten.

Der stellvertretende Vorsitzende der Stadtgemeinschaft Königsberg ist in der vorigen Woche in Königsberg mit Gouverneur Jegorow zu einem Gespräch zusammengetroffen. Aufgrund meiner starken Einbindung in die Vorbereitungen des Deutschlandtreffens konnte ich ihn nicht begleiten. Für den Spätsommer ist erneut ein Zusammentreffen mit Admiral Jegorow vorgesehen.

Es bleibt für die Ostpreußen eine Daueraufgabe, jede Bundesregierung immer wieder an die deutsche Verantwortung für Königsberg und Ostpreußen zu erinnern. Die Aufgaben der Landsmannschaft Ostpreußen weisen in die Zukunft. Die Landsmannschaft Ostpreußen hat Zukunft. Von Ostpreußen und von Königsberg sind in allen Zeiten viele Impulse auf den Gebieten der Staatsbildung, der Erziehung und Bildung des Menschen, der Förderung der Wissenschaft und Forschung, der schöpferischen Gestaltung in Architektur, Malerei, Literatur und Poesie auf alle benachbarten Länder ausgegangen. Ostpreußens Beitrag zur abendländischen Kultur ist beachtlich.

Der Glanz der alten Herrlichkeit ist erloschen. Der Zivilisationsbruch von 1945 liegt in unserer Heimat immer noch offen zutage. Wir Ostpreußen wollen ihn beseitigen. Solange gewichtige Stimmen hier bei uns vor drohender Germanisierung warnen - welch ein abgedroschener Begriff, da heute die ganze Welt unser Know-how und unser Geld begehrt - solange behindert man das Beseitigen des Zivilisationsbruches in Ostpreußen.

Königsberg, diese geschundene Region, dieses Land mit jahrhundertalter deutscher Vergangenheit, braucht eine helfende Hand. Königsberg braucht Deutschlands Solidarität. Wir brauchen steuerliche Anreize für Personen, die in Königsberg investieren. Herr Ministerpräsident, machen Sie ab Oktober Königsberg zur Chefsache. Die Menschen dort und die Ostpreußen hier und der große Kreis der Freunde Ostpreußens werden es Ihnen zu danken wissen.

Ich bin sicher, die ostpreußische Metropole am Pregel wird eines Tages wieder Königsberg heißen. Wolgograd und Sankt Petersburg sind Beispiele dafür, daß Rußland die Schatten der stalinistischen Episode bannen will. Diese Schatten werden eines Tages auch aus Königsberg verschwunden sein.

Die Landsmannschaft Ostpreußen wird im Spätsommer ein Symposium zur Thematik „Wirtschaftliche Entwicklung Königsbergs“ durchführen. Dabei wollen wir ausloten, was wir zu dieser Aufgabe im Rahmen einer Zusammenarbeit mit befreundeten Organisationen leisten können.

In dem nun unter litauischer Souveränität stehenden nördlichsten Teil Ostpreußens, dem Memelgebiet, ist partnerschaftliches Miteinander zwischen litauischer Mehrheitsbevölkerung und der kleinen dort verbliebenen deutschen Volksgruppe inzwischen Normalität. Litauen hat den Deutschen ihr Grundeigentum zurückgegeben. Die Deutschen sind in Litauen eine anerkannte Minderheit, die als Bereicherung empfunden wird. Wie sehr es dort Hand in Hand geht, wird auch wieder beim 750-jährigen Stadtjubiläum Memels Ende Juli deutlich werden. Die Einbeziehung der Deutschen bei diesem Fest, auch der Ostpreußen, die aus der Bundesrepublik anreisen, ist für die Stadtverwaltung Memel kein Problem. Die Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise wirkt dort segensreich. Durch die deutsche Schule und das Simon-Dach-Haus in Memel und die beiden deutschen Vereine in Memel und Heydekrug, besteht eine gute Perspektive für das Deutschtum im nördlichsten Teil Ostpreußens.

Die Bevölkerung Ostpreußens betrug gegen Ende des Krieges etwa 2,4 Mio. Menschen. Der letzte Landrat des Samlandes, der am 21. Januar diesen Jahres gestorbene Dr. Klaus v. der Groeben, gibt die Zahl der Ostpreußen, die Opfer der Flucht, der Vertreibung, der Deportation und der Zwangsarbeit wurden, mit reichlich 500.000 an. Allein in Königsberg sind in den Jahren zwischen 1945 und 1947 mindestens 85.000 Menschen verhungert. Also mindestens 20 Prozent der ostpreußischen Männer, Frauen und Kinder haben nicht überlebt. Die Dezimierung der Ostpreußen wäre weit schlimmer ausgefallen, wenn da nicht der Opfergang der Wehrmachtssoldaten gewesen wäre. Die unabwendbare militärische Niederlage vor Augen, haben sie gleichwohl heldenmütig gekämpft, um hunderttausende Ostpreußen vor dem Tod durch Mord, Vergewaltigung und im Gulag zu bewahren. Zehntausende Soldaten, eine große Anzahl

erst 17-, 18-, 19-, 20-jährig, gaben ihr junges hoffnungsvolles Leben, damit Millionen Ostdeutsche, vorwiegend Frauen, Kinder, Alte, Verwundete, in den Westen flüchten konnten. Wir gedenken auch heute noch mit Respekt ihres selbstlosen Einsatzes.

Als das hohe Lied der Tapferkeit, der kameradschaftlichen Treue und des soldatischen Gehorsams gilt der Vers, der uns von dem Heldentum der Verteidiger der Thermopylen 480 vor Christus überliefert ist. Er lautet „Wanderer, kommst Du nach Sparta, verkündige dorten, Du habest uns hier liegen sehen, wie das Gesetz es befahl“. Für hunderttausende gefallener Wehrmachtssoldaten gilt gleiches. In einer Zeit der Umwertung aller Werte, ja des Werteverlustes, bleibt festzustellen: Der ethische Wert der Gesinnung, der die Soldaten der Wehrmacht ihren Opfergang bis zu Ende gehen ließ, bleibt zeitlos und vorbildlich.

Die Landsmannschaft Ostpreußen kann auf ein erfolgreiches 54-jähriges Wirken zurückblicken. Unser Auftrag ist noch lange nicht erfüllt. Wir schauen nach vorn. Nachdem die Trümmer in der Bundesrepublik beseitigt sind, gilt es, am Wiederaufbau Ostpreußens mitzuwirken und die Lebensqualität der heimatverbliebenen Ostpreußen zu verbessern. Das gilt nicht nur in materieller Hinsicht. Dies gilt auch für die Emanzipationsbestrebungen der deutschen Volksgruppe. Der Mensch lebt nicht vom Brot allein.

Der deutschen Politik fehlen im Umgang mit Polen und Rußland hinsichtlich der verlorenen Ostprovinzen pragmatische Visionen, aus denen eine gemeinsame Idee zur Heilung der noch andauernden Vertreibungsschäden entwickelt werden kann. Wir haben diese Visionen. Die deutsche Politik hat sich im bilateralen Umgang mit Rußland und Polen auf Scheckbuchdiplomatie beschränkt.

Die in der Landsmannschaft Ostpreußen organisierten Ostpreußen waren Leistungsträger beim Wiederaufbau in der Altbundesrepublik. Wir sind Leistungsträger beim Wiederaufbau Ostpreußens. Wir sind Leistungsträger bei der Erfüllung der Vorgaben des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages. Wir sind als Brückenbauer zu den östlichen Nachbarstaaten ein Friedensfaktor in Europa.

Wir sind Leistungsträger hinsichtlich einer rechtsstaatlichen Gesinnung und der Verteidigung zeitlos gültiger Werte.

Im Oktober wird der neu gewählte Bundestag zusammentreten und eine andere Bundesregierung wird ins Amt kommen. Was wünschen sich die Ostpreußen von der neuen Bundesregierung und vom neuen Gesetzgeber ?

Wir Ostpreußen wünschen uns, daß dem Recht auf die Heimat baldmöglichst zum Durchbruch verholfen wird. Es werden allenfalls nur wenige tausend davon Gebrauch machen Wir wünschen uns, daß die Bundesregierung die deutsche Volksgruppe in Ostpreußen so unterstützen würde, wie das Polen mit seiner Minderheit in Litauen tut. Wir wünschen uns, daß Polen der deutschen Volksgruppe in Ostpreußen, Pommern und Schlesien die Volksgruppenrechte zugesteht, die die polnische Minderheit in Litauen genießt und die z.B. die Dänen und die Sorben bei uns genießen. Wir wünschen uns, daß wir in der Heimat Eigentum erwerben können und Polen von seiner Absicht Abstand nimmt, nach EU-Beitritt Eigentumserwerb für Deutsche erst nach 12 Jahren Übergangszeit zuzulassen. Wir wünschen uns, daß die Bundesregierung hinsichtlich der Vertriebenenkultur wieder zur Rechtsstaatlichkeit zurückfindet und Geist und Buchstabe des § 96 BVFG erfüllt. Wir wünschen uns, daß die Politik und auch die Deutsche Bahn den Menschen dient, indem sie eine tägliche Zugverbindung nach Allenstein und Königsberg schafft. Wir wünschen uns, daß endlich den heute noch überlebenden deutschen Zwangsarbeitern eine Entschädigung gezahlt wird, analog der Entschädigung für Ausländer und jüdische Mitbürger in der NS-Zeit. Eine große Anzahl dieser zu Sklaven herab gedemütigten Menschen sind Ostpreußen. Wir wünschen uns ein Ende der Verlogenheit gegenüber den Heimatvertriebenen. Die Bundesregierung hat sich auf vertragliche Bindungen eingelassen, die die Vertriebenen hindern, ihr konfisziertes Eigentum auf dem Klageweg einzufordern. Deshalb ist es eine Irreführung, wenn behauptet wird, die Vermögensfrage sei noch offen.

Wir wünschen uns, daß endlich Bundesregierung und Bundestag das Anliegen der Vertriebenen hinsichtlich eines Zentrums gegen Vertreibung in Berlin aufgreifen und realisieren.

Wir fordern für die Landsmannschaften die Anerkennung als gemeinnützige Körperschaften, weil niemand nach 1945 mehr für den Frieden gewirkt hat, als die Landsmannschaft Ostpreußen und die anderen ostdeutschen Schwesterorganisationen.

Die Ostpreußen lieben ihr Land mit jeder Faser ihres Herzens. Dies galt auch für die uns vorangegangenen Generationen. Darin werden wir von keinem unserer Nachfolger erreicht.

Unsere Gedanken, Wünsche und Hoffnungen gelten Ostpreußen. Wir grüßen hier von Leipzig aus Ostpreußen mit seinen so einmaligen Regionen. Die Nehrungen, das Memeldelta, das Memelgebiet, die Pregel-Auen, das Samland, die Haffs, Natangen, Barten, das Oberland, das Ermland, Masuren, die Johanniser Heide, die Rominter Heide, die großen und kleinen stehenden und fließenden Gewässer. Wir grüßen die großen und kleinen Orte Ostpreußens von A wie Allenburg bis Z wie Zinten. Wir erinnern uns an bekannte ostpreußische Stätten, die unsere Heimat weltbekannt gemacht haben. Königsberg mit Universität, Schloß und Dom, Palmnicken, Rossitten, Nidden, Trakehnen, Gumbinnen, Pillau, Tilsit, Wehlau und den Oberländer Kanal.

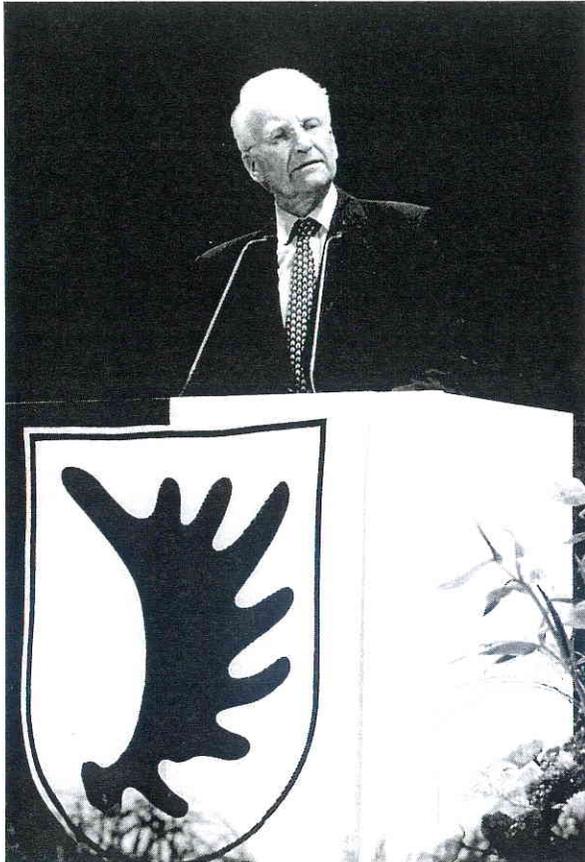
Wir grüßen alle Menschen Ostpreußens, unsere besondere Verbundenheit gilt der heimatverbliebenen deutschen Volksgruppe. Sie hat widerstanden und damit eine Erfahrung gemacht, die auch wir im Westen unseres Vaterlandes gemacht haben. Wer der Zahl nach schwach ist, wird nicht durch Anpassung, sondern durch Widerstehen stark. Diese Erkenntnis gilt auch für das demokratische Gemeinwesen.

Unser Bekenntnis zu Ostpreußen ist unser Bekenntnis zur Freiheit.

Unser Bekenntnis zu Ostpreußen ist unser Bekenntnis zum Recht.

Unser Bekenntnis zu Ostpreußen ist unser Bekenntnis zum Frieden.

Gott schütze Ostpreußen,
Gott segne Ostpreußen und seine Menschen.



Dr. Edmund Stoiber

Rede des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber

"Im Heimatgefühl liegt auch der Anspruch, unverwechselbar zu bleiben". Das ist ein Satz aus dem großen Roman „Heimatmuseum“ von Siegfried Lenz. Dieser Satz trifft voll auf die Ostpreußen zu.

Sie sind heute hier in Leipzig zusammengekommen, weil Sie Ihre Heimat auch 57 Jahre nach Flucht und Vertreibung im Herzen tragen. Sie sind zusammengekommen, weil Sie als Ostpreußen unverwechselbar bleiben wollen. Und Sie sind zusammengekommen, weil Sie genau dies vor der Welt, vor den Deutschen, den Polen und den Russen, weil Sie das vor Europa zeigen wollen.

Ich bin hier, weil ich Sie in Ihrem friedlichen Bekenntnis zu Ihrer Heimat, in Ihrem Bekenntnis zu Ihrer unverwechselbaren Kultur stärken und unterstützen möchte. Deutschland ist eine große, eine vielgestaltige Kulturnation. Und dazu gehört untrennbar Ostpreußen mit seiner reichen Geschichte und Kultur.

In diesem Sinne grüße ich Sie zusammen mit meiner Frau ganz herzlich. Ich grüße Sie hier in der Messehalle und die gesamte ostpreußische Familie in Deutschland. Ich grüße Sie vom Patenland Bayern. Wir in Bayern bekennen uns zu unseren eingegangenen Verpflichtungen und wir halten sie ein. Herr von Gottberg und seine Vorstandskollegen wissen dies von unseren regelmäßigen Gesprächen.

Ich will vor Ihnen – denn ich habe noch nie vor so vielen Ostpreußen gesprochen – diese Patenschaft mit der Landsmannschaft Ostpreußen gerne bekräftigen. Die Gründe, die vor 24 Jahren zu der Besiegung der Patenschaft geführt haben, gelten auch heute unverändert weiter. Dieses Bekenntnis, das können Sie mir glauben, kommt von Herzen.

In der Patenschaftsurkunde von 1978 heißt es: *„Die Übernahme der Patenschaft will ein Zeichen der Verbundenheit mit den ostpreußischen Landsleuten sein.“* Diese Verbundenheit mit Ihnen will ich heute zum Ausdruck bringen. Verbundenheit haben Sie, die Ostpreußen, aber auch alle Heimatvertriebenen, in der Tat verdient.

Alle Deutschen stehen insgesamt in der historischen Verantwortung für das, was von Hitler-Deutschland den Völkern Europas angetan wurde. Gerade Polen und die Sowjetunion haben unter der deutschen Herrschaft gelitten wie keine anderen Nationen.

Aber bei und nach Kriegsende hatten gerade die Deutschen im Osten unter den Kriegsfolgen in besonderer Weise zu leiden. Schon der Einmarsch der Roten Armee in Ostpreußen war insbesondere für die Kinder und Frauen mit ungeheuren Demütigungen, Vergewaltigungen, mit Qualen und Leiden verbunden. Ich denke an unsere Landsleute, die auf dem Haff erfroren sind, in der kalten Ostsee ertranken, auf den Trecks überrollt wurden oder an Erschöpfung und Hunger starben.

Auf die Besatzung folgten Deportation und Zwangsarbeit, folgten Enteignung und Vertreibung. 15 Millionen Menschen, darunter 2 Millionen Ostpreußen, wurden aus ihrer Heimat geworfen, wurden hineingestoßen in eine ungewisse Zukunft. Mehr als 2 Millionen überlebten dieses grauenhafte Geschehen nicht.

„Es ist gut und richtig, daß wir nicht nur um die eigenen Toten, sondern auch um die anderer Länder trauern, die einem Krieg zum Opfer fielen, der von Deutschland ausgegangen war. Aber wir sollten dabei nie die eigenen Toten übergehen, sollten ihrer immer gedenken, weil sie in einer kalten Welt am meisten vergessen sind, wenn auch wir uns ihrer nicht erinnern.“

Diese zutiefst menschlichen Sätze sagte Prof. Arnulf Baring vor wenigen Wochen auf dem Sudetendeutschen Tag in Nürnberg. Und ich stimme ihnen aus vollem Herzen zu.

Dort, wo man sich begegnet, lösen sich Vorurteile wie von selbst auf, fällt Furcht ab. Die Vertriebenen haben seit dem Fall des Eisernen Vorhangs diese Begegnungen gesucht. Sie haben sich aufgemacht in die alte Heimat. Sie haben Kirchen und andere Baudenkmäler renoviert, der deutschen Minderheit geholfen, aber ebenso Polen wie Russen. Sie haben sich humanitär stark engagiert, den Aufbau von Sozialstationen unterstützt und vieles mehr. Ihr Sprecher, Herr von Gottberg, erzählte mir, daß er bereits 35 Mal im nördlichen Ostpreußen war. Das ist doch bemerkenswert, wenn man bedenkt, welche Mühen und Anstrengungen damit verbunden sind. Dies macht man nur, wenn man seine Heimat liebt. Das verdient Anerkennung und Dank. Ostpreußen verpflichtet: Diesem

Motto haben Sie und mit ihnen viele tausend gleichgesinnte Landsleute in der Tradition eines preußischen Pflichtbewußtseins alle Ehre gemacht.

Im Gegensatz zu den Sudetendeutschen treffen die Ostpreußen in Polen auf ein offeneres Klima. Äußerungen, wie sie in den vergangenen Wochen und Monaten aus Prag kamen, sind aus Warschau Gott sei Dank nicht zu hören. Ich möchte noch einmal Professor Baring aus einer Rede beim Sudetendeutschen Tag zitieren:

„Die emotionale Verstocktheit der Tschechen ist verblüffend in einer internationalen Umgebung, die seit Jahren und aus vielen Anlässen dadurch gekennzeichnet ist, daß Untaten der Vergangenheit öffentlich bedauert werden und heutige Repräsentanten der betroffenen Staaten die Opfer um Verzeihung bitten.“

In weiten Kreisen Polens ist die Haltung eine andere. Man tritt den Vertriebenen aufgeschlossener gegenüber. Das Vertreibungs-geschehen wird in der Geschichtsschreibung aufgearbeitet. Das Klima zwischen den deutschen Heimatvertriebenen und Polen ist also ehrlicher und dialogbereiter.

Gleichwohl steht das Unrecht der Vertreibung als ungelöstes Problem noch im Raum. Das sollte nicht so bleiben. Es ist für Polen wie für Deutschland, es ist für Europa besser, diese Wunden der Vergangenheit jetzt zu heilen, als sie in die Zukunft mitzuschleppen. Daß das Vertreibungsunrecht immer mehr zu einem europäischen Problem wird, zeigt auch die allerjüngste Entschließung des Europäischen Parlaments zum Stand der Beitrittsverhandlungen. Darin heißt es erstmals im Mantelbericht, also im übergreifenden Teil, zu allen Beitrittskandidaten: Es wird darauf hingewiesen, *„daß Verhaltensweisen aus dem letzten wie vorletzten Jahrhundert nicht in die Zukunft fortgeschrieben werden dürfen“*.... Es sollten im Zuge der Erweiterung der Europäischen Union *„die Wunden vieler historischer Zwiste geschlossen werden können und die Völker sich am gemeinsamen Bau des neuen Hauses Europa beteiligen, um einen dauerhaften Frieden, gemeinsame Werte und das Wohl der Völker Europas zu gewährleisten“*. Das Europäische Parlament erwartet *„von allen Seiten die Bereitschaft zum offenen und ehrlichen Dialog, dem das Bekenntnis zum Aufbau eines gemeinsamen Europas, das die Nachkriegsordnung ablöst, zugrunde liegt.“*

Das Europäische Parlament betont ferner, daß die Grundlage für den Beitritt *„die strikte Einhaltung der Schlußfolgerungen des Euro-*

päischen Rates von Helsinki und die politischen Beitrittskriterien, die vom Europäischen Rat im Juni 1993 in Kopenhagen festgelegt wurden, erfolgen muß."

Klar und eindeutig wie nie zuvor wird die Wertegemeinschaft Europa betont, wird dazu aufgerufen, das Unrecht, das im vergangenen Jahrhundert die Völker Europas zutiefst demütigte, verletzte und spaltete, endlich aus der Welt zu schaffen. Noch nie hat das Europäische Parlament in so klaren Worten darauf hingewiesen, daß altes Denken überwunden werden muß, daß die Nachkriegszeit in Europa erst beendet ist, wenn auch das Vertreibungsunrecht für beide Seiten versöhnend und Gemeinwohl verträglich aus der Welt geschafft ist.

Es geht also nicht um Zukunft oder Vergangenheit, wie auch Gerhard Schröder gerne simplifizierend sagt. Es geht um Zukunft im Bewußtsein der Vergangenheit. Und die Zukunft wird nur gut, wenn die Vergangenheit darin nicht mehr rumort und weiter wühlt, sondern wenn diese Vergangenheit in die Zukunft eingearbeitet und aufgearbeitet und somit geheilt wird. Wer blind gegenüber der Vergangenheit ist, der findet sich auch in der Zukunft nicht zurecht. Was wäre also zu tun, um diese Entschließung des Europäischen Parlaments in die politische Wirklichkeit umzusetzen?

1. Die Bereitschaft zum offenen und ehrlichen Dialog darf im Europa des 21. Jahrhunderts erwartet werden. Niemand wünscht sich diesen Dialog sehnlicher als die deutschen Heimatvertriebenen. Und sie wünschen sich, daß die Bundesregierung sie dabei unterstützt. Dies ist bislang weder von Schröder noch von Fischer geschehen. Im Gegenteil: Schröder bekräftigt immer wieder gebetsmühlenartig, daß er die aus der Vergangenheit herrührenden Fragen nicht ansprechen möchte. Da spricht die Entschließung des Europäischen Parlaments eine andere Sprache – und das ist die richtige Sprache. Nicht das Verschweigen und Verdrängen führt weiter in Europa, sondern der offene und ehrliche Dialog. Ich kann Ihnen versichern: Ich werde mich als Bundeskanzler um diesen Dialog bemühen.

2. Warum soll das, was in Danzig möglich war, nicht auch anderswo möglich sein. „Seid willkommen, zurück in Allenstein, in Elbing, in Frauenburg, aber auch in Stettin, in Breslau *oder Oppeln*“. Warum soll das, was für die Donauschwaben, für die Siebenbürger Sachsen, für die Baltendeutschen bereits Wirklichkeit ist – Sie alle haben

längst eine Einladung zur Rückkehr in Ihre alte Heimat erhalten – warum soll dies auch nicht für den Beitrittskandidaten Polen möglich sein. Es wäre eine noble Geste Polens wie Rußlands, wenn den früheren Bewohnern Ostpreußens dieses Heimatrecht, unabhängig von EU-Bestimmungen, eingeräumt würde.

Es ist schon oft gesagt worden – und es steht seit 1950 in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen. Darin wird jeglicher Gewalt abgeschworen und eine europäische Perspektive für die Überwindung des Vertreibungsunrechts aufgezeigt. Alle Menschen sollen in einem freien Europa ohne Furcht und Zwang leben. Das war und bleibt die Vision. Niemand hat deshalb vom Heimatrecht für die Vertriebenen etwas zu befürchten. Niemand will irgend jemanden verdrängen. Wir alle wollen Stabilität in Europa. Wir wollen in Europa wirtschaftliche Gräben ebenso überwinden wie historische. Wir alle wollen ein Europa in Freiheit, in Frieden, in Sicherheit und Wohlstand. Wir alle wollen ein Europa, in dem das Heimatrecht gilt und geachtet wird.

3. Wenn es im Mantelbericht des Europäischen Parlaments heißt, daß durch „*die Erweiterung der Europäischen Union die Wunden vieler historischer Zwiste geschlossen werden können*“, so muß natürlich auch über die Dekrete gesprochen werden, aufgrund derer die Deutschen entrechtet und vertrieben wurden. Solange sie Gültigkeit haben, bleiben Wunden offen. Sie widersprechen der europäischen Werte und Rechtsordnung. Kollektive Vertreibung war und bleibt Unrecht. Ich habe immer gesagt: Es liegt im eigenen Interesse Polens, sich von diesem Teil der Vergangenheit verbindlich und versöhnend zu trennen.

Wenn wir von einem gemeinsamen Haus Europa reden, dann ist immer ein Europa der Nationen und Regionen gemeint. Die Regionen werden in Europa immer wichtiger. Sie gewinnen an Einfluß, an Selbstbewußtsein, an Identität. Regionale Vielfalt, eingebunden in eine europäische Werteordnung, bereichert Europa. Ostpreußen, wie auch Schlesien oder Pommern, sind auf dem Wege, europäische Regionen zu werden. Der Einsatz derer, die hier Heimat hatten, und der Einsatz derer, die heute hier Heimat haben, wird immer mehr zusammenwirken, zum Vorteil Ostpreußens, Pommerns oder Schlesiens. Dieser gemeinsame Einsatz von Heimatvertriebenen, der deutschen Minderheit und der Polen wird diese Regionen voranbringen, wird sie immer mehr öffnen, sie europäisieren.

Die Situation Ostpreußens ist freilich eine besondere. Ostpreußen ist geteilt. Und Sie fragen sich natürlich auch, welche Entwicklung wird der nördliche Teil Ihrer Heimat, das Königsberger Gebiet nehmen. Das Königsberger Gebiet hat ganz besonders unter der Teilung Europas gelitten, war es doch bis 1990 praktisch eine einzige Militärbasis der Sowjetunion. Das Wohlstandsgefälle zum Süden Ostpreußens ist groß, die Arbeits- und Umweltprobleme sind riesengroß. „Die Region ist eine einzige Katastrophe“, sagte jüngst nach einem Besuch Elmar Brok, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments. Um so anerkannter ist es, daß BMW den Sprung von München nach Königsberg gewagt hat. Unternehmerische Vernunft, aber sicher auch das ostpreußische Herz, haben Herrn von Kuenheim bei dieser Entscheidung geleitet.

Die Situation ist äußerst schwierig und hochsensibel. Doch die Entwicklung des nördlichen Ostpreußens, das über Jahrhunderte hinweg Teil deutscher Geschichte und Kultur war, darf uns nicht unberührt lassen. Die künftige Enklave innerhalb einer erweiterten Europäischen Union braucht Perspektiven. Diese muß zunächst einmal Rußland selbst entwickeln und definieren. Für den Herbst hat Moskau ein Entwicklungsprogramm angekündigt. Aber auch die EU – und das kann nur die EU, nicht Deutschland – muß gemeinsam mit Rußland nach Perspektiven für das Königsberger Gebiet suchen. Die Stadt Immanuel Kants darf nicht abgehängt werden von der europäischen Entwicklung.

Königsberg selbst sieht großen Feierlichkeiten entgegen. 2004 wird an den 200. Todestag von Immanuel Kant erinnert. Und ein Jahr später, 2005, an die 750 jährige Gründung der Stadt. Beide Daten bieten Anlaß, hier in Deutschland wie in Ihrer alten Hauptstadt an die große Geschichte der Stadt wie an einen der bedeutendsten Philosophen Deutschlands zu erinnern. Bereits im vergangenen Jahr richteten sich die Blicke der geschichtsbewußten Menschen nach Königsberg. Vor 300 Jahren, 1701, wurde der brandenburgische Kurfürst zum König gekrönt, zum preußischen. Ostpreußen gab der werdenden europäischen Großmacht den Namen.

Das Besondere an Preußen war ja, daß es Menschen verschiedener Herkunft und Kulturen über eine Staatsidee zusammengeführt hat. Zu dieser Idee gehörte die Toleranz, die jeden nach seiner Fa-

con leben ließ. Daneben stand die Pflicht, nach Kräften für das Gemeinwohl beizutragen. Pflichtbewußtsein der Bürger, Unbestechlichkeit der Beamten und Rechtsstaatlichkeit waren die Fundamente eines Staates, der sich das Vertrauen seiner Bürger erwarb. Das sind Tugenden, die jeder Staat braucht, will er intakt bleiben. Ein Mehr dieser Tugenden würde Deutschland durchaus gut tun.

„Es war ein Land...“, diese Anfangsworte des schwermütigen, vom Leid der Vertreibung geprägten Gedichts von Agnes Miegel, kennen Sie alle. Ich bin zwar kein Poet, doch ich möchte dem entgegenhalten: „Es ist ein Land...“ Die Geschichte Ihrer Heimat lebt weiter. Schlösser kann man in die Luft sprengen, wie in Königsberg oder Berlin, aber die Geschichte radiert man damit nicht aus. Sie lebt weiter in den Zeugnissen und Quellen, die Ihre Vorfahren in Jahrhunderte langer wirtschaftlicher und geistiger Tätigkeit hinterlassen haben. Deutsche Geschichte in Ostpreußen ist heute gemeinsame Aufgabe von Deutschen und Polen.

Ostpreußische Geschichte lebt in Ihnen. Und ostpreußische Geschichte lebt auch in Bayern, z.B. in der Sammlung zur Landeskunde Ost- und Westpreußens im Alten Schloß in Schleißheim oder im Deutschordensschloß in Ellingen.

Wir in Bayern bekennen uns zum § 96 des Bundesvertriebenengesetzes. Bayern ist sicherlich neben Baden-Württemberg das Land, in dem die Kulturarbeit der Heimatvertriebenen umfassend gefördert wird. Wir haben die Förderung der ostpreußischen Kultur in Bayern schlagkräftiger gemacht und sie im Deutschordensschloß in Ellingen konzentriert. Ellingen, für das sich die Landsmannschaft Ostpreußen von Anfang an stark gemacht hat, ist der zentrale Ostpreußenstandort in Bayern.

Größtes Projekt des Patenlandes Bayern in der ostpreußischen Heimat ist das Haus Kopernikus für die deutsche Minderheit in Allenstein. Dies ist eine Investition in die Zukunft, in die Zukunft der deutschen Minderheit und in die Zukunft der deutsch-polnischen Verständigung im südlichen Ostpreußen. Mit dem Haus Kopernikus haben die Deutschen in und um Allenstein einen Mittelpunkt erhalten. Es ist eine attraktive Kultur- und Begegnungsstätte entstanden, ein Begegnungsort auch mit der polnischen Bevölkerung. Hier in Allenstein vollzieht sich beispielhaft das, was wir immer als die natürliche Mittlerrolle der deutschen Minderheiten bezeichnet haben.

Das Haus Kopernikus ist Teil deutsch-polnischen Zusammenlebens und Zusammenwirkens zum Wohle der Menschen, zum Wohle der Stadt und zum Wohle Ostpreußens.

Die Integration der Heimatvertriebenen ist gelungen, aber die Aufgaben sind deshalb noch lange nicht erledigt. Sie liegen in der weiteren Nachbarschafts- und Verständigungsarbeit mit den östlichen Nachbarn im europäischen Geist und sie liegen in der Bewahrung und Pflege Ihres Kulturerbes hier in Deutschland über die Erlebnisgeneration hinaus.

Beides, die Aufgabe nach außen wie die Aufgabe nach innen, bedarf einer Politik der Vertretung deutscher Interessen, der Orientierung an Werten, auf der Grundlage eines aufgeklärten Patriotismus und eines positiven Verhältnisses zur deutschen Nation.

Dafür stehe ich als Person, als Ministerpräsident des Patenlandes und ab 22. September, wenn der Wähler es will, als Bundeskanzler unseres Vaterlandes.

Allen Ostpreußen ein herzliches Glückauf!